

# Fraunhofer Institute for Systems and Innovation Research

---

From the SelectedWorks of Michael Friedewald

---

2012

## Bürgersicht auf Sicherheit und Privatheit

Michael Friedewald, *Fraunhofer Institute for Systems and Innovation Research*  
Johann Cas



SELECTEDWORKS™

Available at: [http://works.bepress.com/michael\\_friedewald/61/](http://works.bepress.com/michael_friedewald/61/)

Forschung

# Bürgersicht auf Sicherheit und Privatheit

Ein Mehr an Sicherheit ist nur durch Einschränkungen der Grundrechte wie z.B. dem Schutz der Privatsphäre erreichbar. So könnte man das Denkschema beschreiben, unter dem die aktuelle Sicherheitsdebatte geführt wird. Auf den ersten Blick wirkt diese „Trade-off“-Beziehung zwischen Sicherheit und Privatsphäre als selbstverständlich: Kriminalität im öffentlichen Raum wird durch die Installation von Videokameras vermindert; die Überwachung von Daten- und Finanztransfers kann organisierte Kriminalität oder Terrorismus entdecken etc.

Doch dieses Denkmodell wird mittlerweile nicht nur von der Wissenschaft, sondern auch von den politischen Entscheidungsträgern kritisch hinterfragt.<sup>1</sup> Sie sind mittlerweile überzeugt, dass es möglich sein sollte, mehr Sicherheit zu schaffen, ohne den Kern der bürgerlichen Grundrechte anzutasten. So heisst es im Stockholm-Programm der EU: „Bei der Festlegung [von Sicherheitsmassnahmen und der Einführung von Sicherheitstechnologien] sollte berücksichtigt werden, wie sie sich auf das Recht auf Schutz der Privatsphäre und auf das Recht der Bürger auf Schutz ihrer personenbezogenen Daten auswirken werden.“<sup>2</sup>

## Herausforderungen

Es sind allerdings durchaus Zweifel angebracht, wie Ernst es der EU bei der Implementierung des Stockholm Programms mit dem Schutz von Bürger- und Freiheitsrechten ist. So kann man feststellen, dass bei der Entwicklung neuer Projekte die Unschuldsvermutung, die Zustimmung der Betroffenen und der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung bislang kaum in Erwägung gezogen werden. Politische Schlüsseldokumente<sup>3</sup> legen nahe, dass auch im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms weniger der Schutz der Grundrechte als andere Ziele im Vordergrund stehen. Hier spielt etwa das Interesse der Sicherheitsindustrie, das technisch Mögliche als Produkte und Dienstleistungen zu vermarkten, eine nicht unbedeutende Rolle. Dies hat nicht zuletzt das Projekt INDECT unter Beweis gestellt, bei dem Sicherheit durch totale Überwachung um jeden Preis propagiert wird.<sup>4</sup> Das Beispiel der Ganzkörperscanner zeigt darüber hinaus, wie verheerend es sich für eine durchaus ernstzunehmende Technologie auswirken kann, wenn über die Befindlichkeiten der betroffenen Bürger einfach hinweggegangen wird. Die weit verbreitete Bezeichnung „Nackts scanner“ macht dies sehr deutlich.

## PRISMS und SurPRISE – Zwei neue EU-Projekte

Vor diesem Hintergrund finanziert die Europäische Union zwei Forschungsprojekte (PRISMS – PRIVacy and Security MirrorS und SurPRISE – Surveillance, Privacy and Security), die mehr Licht in das brisante Verhältnis von Überwachung, Sicherheit und Privatsphäre bringen sollen.

### *Ziele und Forschungsfragen*

Da bislang erstaunlich wenig darüber bekannt ist, wie die Einstellung der Bürger zu „Privatheit“ und „Sicherheit“ zu Stande kommt, stellt sich zunächst die Frage wie unterschiedliche Disziplinen und gesellschaftliche Gruppen die beiden Konzepte überhaupt definieren. Darüber hinaus stellt sich die empirisch zu beantwortende Frage, wie Bürger die Bedeutung von Privatheit und Sicherheit bewerten und durch welche internen (persönliche Werte) und externen Faktoren (Politik, Medien etc.) diese Bewertung bestimmt wird.

Das Ziel beider Projekte besteht somit darin, eine Wissensbasis zu schaffen, mit deren Hilfe Entscheider in Politik und Wirtschaft frühzeitig abschätzen können, ob bei bestimmten Sicherheitstechnologien und -

massnahmen der versprochene oder tatsächliche Gewinn an Sicherheit einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Bürger rechtfertigen. Dabei geht es nicht nur darum, ob die Technologien und Massnahmen objektiv geeignet sind, sondern auch darum, ob sie das subjektive Sicherheitsempfinden steigern.

Ein weiteres Ziel ist es, das enge Korsett abzulegen, in dem sich eine auf technische Lösungen fokussierte Sicherheitspolitik zwangsweise befindet. Zu diesem Zweck sollen einerseits die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung in einem breiteren sozialen Kontext analysiert und diskutiert werden, der über Bedrohungen durch Kriminalität und Terrorismus hinausgeht, andererseits sollen in das Spektrum von möglichen Lösungen auch Massnahmen einfließen, die nicht primär auf Überwachung setzen. Ein Beispiel dafür wäre etwa, wenn bei der Entwicklung von Massnahmen gegen eine zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft auch die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen dieser Entwicklungen berücksichtigt würden.

#### *PRISMS: Repräsentative Befragung von EU-Bürgern*

In der ersten Projektphase analysieren die PRISMS-Partner, wie sich Konzepte wie Sicherheit und Privatsphäre aus der Sicht unterschiedlicher Disziplinen konstituieren. So wird u.a. die Diskurse kritisch analysiert, die in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten geführt werden, z.B. unter Technikentwicklern, bei Strafverfolgungsbehörden und in der Kriminologie, in der Politik sowie in den Me-

dien. Ziel ist es dabei, unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, Interessen und Machtverhältnisse zu identifizieren und miteinander zu vergleichen. Darüber hinaus wird untersucht, wie das Verhältnis zwischen den Grundrechten auf Sicherheit (Art.5 EMRK bzw. Art. 6 GRC) und Achtung des Privatlebens und Schutz personenbezogener Daten (Art. 8 EMRK bzw. Art. 7 und 8 GRC) aus juristischer Perspektive bewertet werden kann.

Aufbauend auf dieser theoretischen Klärung wird in der zweiten Projektphase eine EU-weite Befragung von 27.000 Bürgern durchgeführt, um die in der ersten Projektphase aufgestellten Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Sicherheits- und Privatsphäre-wahrnehmung der europäischen Bürger zu überprüfen. Ausserdem soll ermittelt werden, wie die Menschen die Einführung konkreter Sicherheitstechnologien und deren Auswirkung auf ihre Grundrechte bewerten. Die Befragung wird repräsentativ für die 27 Mitgliedsstaaten als auch für die EU als Ganzes sein, so dass sich auch regionale und kulturelle Unterschiede innerhalb der Union feststellen lassen.

In der dritten Phase des Projekts werden die Befragungsergebnisse mit den Ergebnissen aus der ersten Projektphase in Beziehung gesetzt werden, um so ein differenziertes Bild zu gewinnen, das im abschliessenden Schritt für die Unterstützung politischer Entscheidungsprozesse genutzt werden kann.

#### *SurPRISE: Ein breit angelegter Prozess der Bürgerbeteiligung*

Ein erster wichtiger Schritt im Projekt SurPRISE wird es sein, die Basis der vielfach akzeptierten Trade-off-Beziehung zwischen Sicherheit und Schutz der Privatsphäre zu analysieren und zu hinterfragen. In der ersten Projektphase wird diese Analyse parallel auf zwei Ebenen durchgeführt.

Einerseits sollen dazu auf Expertenebene die folgenden Kernfragen thematisiert werden: Inwieweit sind wirklich Eingriffe in die Privatsphäre notwendig, um mehr Sicherheit erzielen zu können? Wieso werden Überwachungstechnologien oft als erste Wahl für Lösungen angesehen? Sind Alternativen verfügbar, die ohne Einbussen bei Grundrechten auskommen? Können Sicherheitstechnologien durch technische und organisatorische Vorkehrungen so gestaltet werden, dass das Risiko von Verletzungen der Privatsphäre minimiert wird? Kann man diese Risiken durch gesetzliche Vorgaben und richterliche Kontrollen in den Griff bekommen und inwiefern stellen Überwachungstechnologien selbst ein Sicherheitsrisiko für demokratische Gesellschaften dar, indem sie teilweise in Widerspruch zum grundrechtlichen Fundament und zu zentralen Werten dieser Gesellschaftsform stehen?

Andererseits sollen Hypothesen über die Perzeption von Sicherheit, Überwachung und Privatsphäre auf individueller und gesellschaftlicher Ebene und Faktoren, welche die Bewertung dieser Bereiche beeinflussen, entwickelt werden. Einen Ausgangspunkt dafür werden zu beobachtende

Unterschiede in der nationalen Gestaltung von Sicherheitsmassnahmen und der daraus resultierenden oder auch fehlenden Debatten sein, um etwa den Einfluss unterschiedlicher historischer Erfahrungen einschätzen zu können.

In einem zweiten Schritt werden die Ergebnisse dieser beiden Untersuchungsschritte in einem breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozess präsentiert und mit rund 2'500 Bürgern aus neun europäischen Staaten diskutiert und bewertet werden. Dabei soll u. a. untersucht werden, wie sehr die angenommene Trade-off-Beziehung zwischen Privatsphäre und Sicherheit tatsächlich die Einschätzungen der Bürger widerspiegelt, welche Abwägungen in die Bewertung einbezogen werden und welche weiteren Faktoren die Einstellung der Bürger beeinflussen.

In die Analyse der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren fliessen auch die Diskussionen selbst und die von den Bürgern vertretenen Argumentationslinien ein. Dieses qualitative Element ermöglicht und unterstützt eine genaue Interpretation der bei den Beteiligungsverfahren gewonnenen quantitativen Ergebnisse. Diese gegenseitige Unterstützung ist auch über die Projektgrenzen hinweg geplant; die Resultate von SurPRISE können die Analyse und Deutung der repräsentativen Umfragen von PRISMS erleichtern. Umgekehrt werden sich auch die Ergebnisse der Bürgerbeteiligungsverfahren innerhalb von SurPRISE durch die Ergebnisse der von PRISMS durchgeführten EU-weiten Umfragen untermauern lassen.

Dateiname: digma\_2012\_report\_(Friedewald\_Cas)\_25-07-2012.doc

### *Unterstützung von Entscheidern in Politik und Wirtschaft*

Die Ergebnisse beider Projekte sollen dazu genutzt werden, Entscheidern in Wirtschaft und Politik frühzeitig Hinweise auf die Akzeptabilität neuer Sicherheitstechnologien zu liefern. Dazu werden Verfahren entwickelt, mit denen man frühzeitig (möglichst schon während der Entwurfsphase) feststellen kann, ob neue Sicherheitstechnologien aus Sicht der Bürger potenziell problematisch sind und diese Probleme unter Einbezug aller Betroffenen zu lösen.

Mit den Ergebnissen der Forschungsarbeiten wollen PRISMS und SurPRISE Leitlinien für die zukünftige Sicherheitsforschung und Empfehlungen für die Sicherheitspolitik entwickeln, die im Einklang mit Grundrechten und demokratischen Werten stehen. Nur Sicherheitstechnologien und -massnahmen, die auf grundrechtskonformen Konzepten und Technologien beruhen und einen realen und notwendigen Beitrag zur Sicherheit liefern, sind mit europäischen Werten und demokratischen Grundsätzen vereinbar.

### **PRISMS und SurPRISE in Zahlen**

Die Projekte PRISMS (FP7-SEC-285399) und SurPRISE (FP7-SEC-285492) werden von der EU innerhalb des 7. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung im Themenbereich «Sicherheitsforschung» gefördert. Beide Projekte wurden am 1. Februar 2012 gestartet und laufen 42 bzw. 36 Monate.

Am Projekt PRISMS sind Forscher von acht privaten und öffentlichen For-

schungseinrichtungen und Universitäten aus fünf europäischen Ländern beteiligt.<sup>5</sup> Das Projekt wird mit 2,99 Mio. Euro gefördert und vom deutschen Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI koordiniert.

Im Projekt SurPRISE arbeiten elf Partner aus Akademien der Wissenschaften, Datenschutzbehörden, privaten und öffentlichen Forschungseinrichtungen, TA-Institutionen und Universitäten mit. Sie kommen aus Spanien, Dänemark, Italien, Österreich, Ungarn, Norwegen, Grossbritannien, der Schweiz und Deutschland.<sup>6</sup> Das vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften koordinierte Projekt wird mit insgesamt 3,42 Mio. Euro gefördert.

### **Kurz & bündig**

Moderne Sicherheitstechniken sollen den Bürger besser vor Terrorismus und organisierter Kriminalität schützen. Mittlerweile wird aber angezweifelt, ob ein realer oder gefühlter Sicherheitsgewinn nur durch Einschnitte in die Privatsphäre des Einzelnen zu erreichen sind.

Die EU-Forschungsprojekte PRISMS und SurPRISE untersuchen, wie die Einstellung europäischer Bürger zu Sicherheit und Privatheit zusammenhängt und wie sich dies für die Gestaltung von akzeptabler weil grundrechtskonformer Sicherheitstechnik nutzen lässt.

### **Literatur und weiterführende Links**

■ MARC VAN LIESHOUT/ DAVID WRIGHT/MICHAEL FRIEDEWALD, Reconciling Privacy

Druckdatum: 10.12.2012

and Security, in: Innovation – The European Journal of Social Science Research 25(2012), Im Erscheinen.

■ JOHANN ČAS, Privacy and Security: A Brief Synopsis of the Results of the European TA-Project PRISE. In: Gutwirth, S. et al (Hrsg.), Data Protection in a Profiled World, Dordrecht 2012. Im Erscheinen.

■ PRISMS Website, Online: <<http://www.prisms-project.eu>>

■ SurPRISE Website, Online: <[www.surprise-project.eu](http://www.surprise-project.eu)>

### Autoren

Dr. Michael Friedewald, Koordinator der Forschungsgruppe „Informations- und Kommunikationstechnik“, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe, Deutschland  
[michael.friedewald@isi.fraunhofer.de](mailto:michael.friedewald@isi.fraunhofer.de)

Johann Čas, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Technikfolgen-Abschätzung (ITA) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien, Österreich.  
[jcas@oeaw.ac.at](mailto:jcas@oeaw.ac.at)

### Fussnoten

<sup>1</sup> CHARLES D. RAAB, From balancing to steering: new directions for data protection, in: Bennett, C.J. et al. (Hrsg.), Visions of privacy: policy choices for the digital age, Toronto 1999, 68ff.

<sup>2</sup> EUROPÄISCHE KOMMISSION, Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger, KOM (2009) 262 endg.

<sup>3</sup> EUROPEAN SECURITY RESEARCH & INNOVATION FORUM, ESRIF Final Report, Brussels 2009.

<sup>4</sup> INDECT – Datenschutzethik eines Geheimpro-

---

jekts, in: EDRi-gram, No. 8.17, 8. September 2010. <http://www.edri.org/edriagram/number8.17/indect-secrecy-privacy-ethics>

<sup>5</sup> Fraunhofer ISI (DE), Trilateral Research & Consulting (UK), Freie Universität Brüssel VUB (BE), Niederländische Organisation für Angewandte Naturwissenschaftliche Forschung TNO (NL), Universität Edinburgh (UK), Eötvös Károly-Institut für Politik (HU), Fachhochschule Süd (NL), Ipsos MORI (UK)

<sup>6</sup> Österreichische Akademie der Wissenschaften (AT), Datenschutzbehörde der Region Madrid APDCM (ES), Oberster Rat für wissenschaftliche Forschung CSIC (ES), Norwegischer Technologierat (NO), Dänischer Technologierat (DK), Europäisches Universitätsinstitut (IT), Verein für Rechts- und Kriminalsoziologie (AT), Median Marktforschung (HU), The Open University (UK), Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung TA-Swiss (CH), Unabhängiges Landesdatenschutz-zentrum Schleswig-Holstein (DE)

